MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1919

365 (11.8.1919) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-186796

Montag, 11. August. Abend-Ausgabe. 1919. — Nr. 365.

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenberm. Verantwortlich für Politik: J. V.: R. Schönfelder, für Feuilleton: i. V.: R. Woberna, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schönfelder, für Handel: Franz Kircher, für Anzeigen: Anton Grisser. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. Drahtadr.: General-Anzeiger Mannheim. Postscheck-Konto Nr. 17590 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940—7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1spalt. Kolonelzeile 80 Pf., Platz-Anzeigen und Anzeigen von Vereinen und Gesellschaften 65 Pf., Reklamen M. 2.50. Anzeigenschluß: Mittagblatt vormittags 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Plätzen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M. 7.02 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M. 7.20. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Ein Aufruf des Reichsbürgerrates.

Das Präsidium des Reichsbürgerrates erläßt folgenden Aufruf:

Der Reichsbürgerrat ruft alle deutschen Volksgenossen und Stammesbrüder auf, in dieser schweren Notzeit unseres Volkstums sich treuer und mutiger denn je zum gemeinsamen Vaterland und zum Gedanken der deutschen Einheit zu bekennen. Was in seinen Kräften steht, wird der Reichsbürgerrat tun, um solchen Geist der Zusammengehörigkeit zu stärken. Unsere Brüder an den Grenzen vor schwerem Schicksal der Fremdherrschaft zu bewahren, lag nicht in unserer Macht; vergebens haben wir versucht, für sie einzutreten. Aber wir wissen uns für immer mit ihnen verbunden, was auch Aeußerliches uns trennen mag. Im besonderen wendet sich der Reichsbürgerrat in tiefer Sorge an die Bewohner der besetzten Gebiete westlich des Rheins und mahnt sie an den Kölner Wahlspruch:

„Halt fast am Rhi, do kölsche Boor,
Mag et falle jöß op foor!"

Treue und tapferes Aushalten sind jetzt vor allem Lebens- und Zukunftsgebot in den Abstimmungsgebieten. Aengstliche Flucht, verzweifelter Kleinmut sind gleichbedeutend mit Preisgabe eines geschichtlichen Vermächtnisses aus Jahrhunderten. Für das Volk wie für den Einzelnen gilt jetzt wie nie das Wort:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

Berlin, den 7. August 1919.

Präsidium des Reichsbürgerrats.

Dr. Wessel, Präsident, Berlin; Dr. Meyer-Absberg, Vizepräsident, München; Dr. Köhler, Berlin; Direktor Dr. Supp, Stuttgart; Dr. Schmidt, Elberfeld; Geheimrat Professor Dr. Göß, Leipzig; Generalsekretär Fecht, Frankfurt a. M.; Konsul Marx, Berlin.

Beabsichtigter Steuerstreik in Bayern.

München, 10. August. (Priv.-Tel.) In Nürnberg fand eine von 5000 Personen besuchte Versammlung statt, die sich mit einem Steuerstreik befaßte. Ein Kriegsteilnehmer namens Mainzer klagte über mangelndes Entgegenkommen der Reichsregierung und stellte folgende Hauptforderungen auf: Für Leute mit mehr als dreijähriger Kriegsteilnahme irgendwelcher Art völlige Steuerfreiheit, für Leute mit 2—3jähriger Kriegsteilnahme Steuernachlaß bis zu ¾, für solche mit 1—2jähriger Kriegsteilnahme Steuernachlaß bis zur Hälfte und für Leute mit kürzerer Kriegsteilnahme Steuernachlaß zu einem Viertel. Diese Forderungen gelten für Leute mit einem Einkommen bis zu 6000 Mk. Vorläufig sollten die Kriegsteilnehmer gar keine Steuern zahlen. Die Rentämter seien davon bereits verständigt, die Regierung werde durch eine Abordnung von diesen Forderungen in Kenntnis gesetzt werden. Die Debatte verlief sehr rege und in ziemlich radikalem Fahrwasser. Es wurde dann eine den Forderungen entsprechende Entschließung angenommen, in der noch u. a. verlangt wird: Einziehung aller Kriegsgewinne, Heranziehung der Ausländer zu den Steuern und schleunigster Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die „unerhörte Steuervergewaltigung" wurde flammender Protest erhoben. Zum Schluß heißt es dann: „Der Bund deutscher Kriegsteilnehmer und die ihm angeschlossenen Verbände und Organisationen verweigern jede Steuerzahlung, solange die Behörden den Forderungen nicht nachkommen."

Auch die Münchener Unabhängigen beabsichtigen einen Steuerstreik auszuführen. Sollte dieser Steuerstreik wirklich durchgeführt werden, dann wird der Zusammenbruch Deutschlands sicher sein.

Errichtung einer Pressezentrale in Bayern.

München, 9. August. (Priv.-Tel.) Bayern wird nun auch eine Pressezentrale bekommen. Die Angelegenheit beschäftigte den Finanzausschuß gelegentlich der Beratung des Etats für das Ministerium des Aeußern. Der eingesetzte Posten wurde zunächst beanstandet, aber Ministerpräsident Hoffmann setzte sich mit aller Kraft für das Presseamt ein. Es sei notwendig und seine Aufgabe sehr wichtig. Die bayrische Volkspartei wandte sich gegen die Errichtung einer Pressezentrale. Der Parteipresse müsse freie Hand gelassen werden. Die Demokraten waren für das Presseamt. Die Tätigkeit dieses Amtes dürfe aber nicht eine amtlich abgestempelte öffentliche Meinung sein. Ministerpräsident Hoffmann sagte zu, daß die Presse frei bleibt, so wie im Kriegspresseamt solle es nicht werden. Gegen die Stimmen der bayrischen Volkspartei wurde schließlich die Errichtung einer Pressezentrale genehmigt.

Zur Koburger Anschlußfrage.

⊙ **Berlin**, 11. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Koburg wird gemeldet: Die sozialdemokratische Mehrheit der Landesversammlung beschloß, die Volksabstimmung über den Anschluß an Bayern auf den 28. September festzusetzen.

Deutsches Reich.

Deutscher Kriegertag.

Der am 3. und 4. August in Cassel unter starker Beteiligung und im Beisein von Regierungsvertretern abgehaltene Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes hatte einen guten Erfolg in der Festlegung der neuen Richtlinien für die äußere und innere, nationale und wirtschaftliche Ausgestaltung des Kriegervereinswesens zum Besten der kameradschaftlichen Wohlfahrtspflege und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Beratung wurde mit der Beteiligung in die Materie geführt, die der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Stimmungen entsprach, und wird sich in ihren Auswirkungen bald in allen Kriegervereinen fördernd bemerkbar machen. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Präsident Generaloberst von Beetzingen, Ehrenbürger der Stadt Cassel, nochmals unter dem Beifall der Versammlung, daß der Kriegerbund nie vergessen werde, was der Kaiser und was die deutschen Bundesfürsten für das Vaterland, insbesondere für das Kriegervereinswesen, geleistet haben. Diese dankbare Anerkennung hindere aber die Kriegervereine nicht, sich voll und ganz offen und ehrlich auf den Boden der seit November 1918 geschaffenen Tatsachen zu stellen. Wenn sie das tun, so folgen sie nur den Richtlinien, die der Kaiser selbst bei der Niederlegung der Krone gab. Nichts ist falscher, als den Kriegervereinen reaktionäre Gesinnung vorzuwerfen. Die Kriegervereine sind politisch völlig neutral; sie wollen das Deutschtum, das nationale Bekenntnis des Volkes stärken und den bedürftigen Kriegsteilnehmern und Hinterbliebenen helfen. An Generalfeldmarschall von Hindenburg wurde ein Telegramm abgesandt, in dem die Treue und Dankbarkeit gegenüber dem deutschen Volke versichert wurde. Hindenburg antwortete: „Euerer Exzellenz und allen Kameraden vielen Dank für den freundlichen Gruß, den ich herzlich erwidere. Möge dem treuen Wirken des Kriegerbundes reicher Erfolg beschieden sein." In einem besonderen Telegramm, das an die Fechtanstalt des Deutschen Kriegerbundes während der Tagung eintraf, forderte Generalfeldmarschall von Hindenburg ausdrücklich auf, für die Zukunft der Kriegerwaisen zu sorgen.

Staatsgerichtshof und Untersuchungskommission.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat eine Eingabe an die Nationalversammlung gerichtet, die sich mit dem Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes beschäftigt. Es wird ausgeführt, daß die Zuspitzung der ganzen Untersuchung auf die Frage persönlicher Verschuldungen geeignet sei, das Verfahren in eine falsche Richtung zu drängen und durch Auflösung der zusammenhängenden Aufgabe in eine Reihe von einzelnen Prozessen die volle Aufklärung zu verhindern. Die Bitte geht dahin, „das Schwergewicht des Verfahrens in eine gemischte Untersuchungskommission (von Parlamentariern, Richtern, Völkerrechtslehrern, Historikern u. Vertretern pazifistischer Organisationen) zu legen, die beauftragt wird, mit Benutzung alles erreichbaren Materials die Fragen der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges, für die Verlängerung desselben, für die begangenen Völkerrechtsverletzungen und für den schließlichen Zusammenbruch festzustellen." Diese Untersuchungskommission müßte öffentlich tagen und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden. Sie hätte dem Reichstag Bericht zu erstatten und sie würde ihren Bericht auch dem Völkerbund vorzulegen haben, mit dem Ersuchen, ihn einer aus Neutralen gebildeten Untersuchungskommission zur Nachprüfung und Ergänzung zu unterbreiten. Auf Grund des Berichtes könnten dann Anklagen gegen einzelne Personen vor dem Staatsgerichtshof erhoben werden. Die Vorschläge der Eingabe begegnen sich mit Gedanken, die in der Nationalversammlung stark vertreten sind. Der Referent des Ausschusses Dr. Sinzheimer (Soz.) nimmt im wesentlichen, wie wir hören, den gleichen Standpunkt ein. Und von der anderen Seite hat der Abgeordnete Dr. Rießer (D. Volksp.), offenbar beraten durch Geheimrat Kahl, der die Fraktion im Ausschuß vertritt, sich im gleichen Sinne geäußert.

Eine Rheinlandnummer der Westdeutschen Wochenschrift

kann heute auf volle Beachtung im deutschen Westen rechnen. Denn die „W. D. W." ist bereits eine Macht als Trägerin neuen deutschen Geistes im Westen und nicht zuletzt als anerkannte Führerin im Kampfe gegen das verderbliche Treiben der „Rheinbündler" geworden. Den politischen, wirtschaftlichen und geistigen Zusammenhängen der besetzten Rheinlande ist das neue Doppelheft gewidmet. Unter dem Gesamttitel „Friedensnummer für die besetzten Rheinlande" sind knappe Aufsätze vereinigt, die über die wahre Stimmung der geistig und wirtschaftlich führenden Kreise des nicht vom Rheinbundwahn befallenen Rheinlandes überzeugenden Aufschluß gibt. Fritz Coerper wirft kurz die Frage der Grenzpolitik in den besetzten Rheinlanden auf, Th. Heuß führt diesen Gedanken in Zielsetzung nationaler Kulturpolitik weiter aus. Es folgen eine westdeutsche Geschichtsbetrachtung von Assessor Landwehr, Rheinische Industriefragen von Herrn Mayer und ein volkswirtschaftlicher Aufsatz von Universitäts-Professor Kuske-Köln. Max Creutz schreibt tiefeindringlich über das Kulturgebiet des Rheinstromes, Hans Koch-Düsseldorf gibt eine sozialisierende Analyse der Neuen Kunst der Rheinländer, während Franz P. Brückner allgemeine Kultur-Perspektiven, Rudolf Kastner scharf-kritisch und richtungsweisend das Kölner Musikleben behandeln. Ein Sonett Eulenbergs und eine Vision des rheinischen Expressionisten Horle zieren weiter das gehaltvolle Heft. (Die „W. D. W." erscheint in Köln, Stollwerkhaus, Verlags G. m. b. H.)

Das neue Betriebsräte-Gesetz.

Nach einem der Presse von amtlicher Seite zur Verfügung gestellten Auszug tritt das künftige Betriebsräte-Gesetz an die Stelle des von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen handelnden 2. Abschnittes der Verordnung vom 23. 12. 13. Die alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden beseitigt. An ihre Stelle tritt der einheitliche Betriebsrat, der sich aus einer Arbeiter- und Angestelltengruppe zusammensetzt. Die Gruppen werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes entsprechend ihrem Zahlenverhältnis und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Gesetz gilt für alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts im weitesten Sinne. Es umfaßt Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wie auch die freien Berufe. Ausgenommen ist nur wegen ihrer Eigenart die See- und Binnenschiffahrt, die einer besonderen Regelung vorbehalten ist. Ein Betriebsrat ist in jedem Betriebe, der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, zu bilden. Für Betriebe von 5—20 Arbeitern ist die Wahl von Obleuten vorgeschlagen, die die gleichen Rechte und Pflichten haben wie der Betriebsrat, mit Ausnahme des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen.

Der Gliederung der Betriebe entsprechend ist für die einzelnen Abteilungen die Bildung von Abteilungsbetriebsräten vorgesehen, aus denen ein Gesamtbetriebsrat zu errichten ist. Die großen staatlichen Unternehmungen, besonders die Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post) erhalten in Anlehnung an ihre Organisation ein von der untersten Stelle bis zur Spitze sich gliederndes System von Räten.

Das aktive Wahlalter beträgt 18 Jahre, das passive 20 Jahre. Die Wählbarkeit erfordert ferner sechsmonatige Betriebs- und dreijährige Gewerbezugehörigkeit. Für die Möglichkeit der Zusammenarbeit künftiger Beamtenräte mit den Betriebsräten ist Sorge getragen. Die Wahlperiode des Betriebsrates beträgt ein Jahr, doch kann eine frühere Abberufung der Mitglieder des Rats durch qualifizierte Mehrheit erfolgen.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind Organe für die Durchführung der Tarifverträge; mangels solcher, für die in Gleichberechtigung mit dem Arbeitgeber sich vollziehende Regelung aller Arbeitsverhältnisse; sie setzen zusammen mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung fest, sie haben das Einvernehmen unter der Arbeiterschaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern und sollen in Streitfällen für geregelte, geheime Abstimmungen sorgen. Wohlfahrtseinrichtungen verwaltet künftig der Betriebsrat zusammen mit dem Arbeitgeber. Schließlich hat dieser das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, bei denen sein Einspruch, soweit nicht die Entlassung aus wichtigem Grunde fristlos erfolgt, den Arbeitgeber zu Verhandlungen nötigt. Erfolgt keine Einigung, so entscheidet endgültig der Schlichtungsausschuß, der auch im übrigen für den ganzen sozialen Aufgabenkreis Schiedsrichter ist.

Unter den wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebsrates seien erwähnt: Er hat die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, um so mit ihr für einen möglichst hohen Stand der Produktion und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistung zu sorgen. In die mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen entsendet er 1 bis 2 seiner Mitglieder nach besonderem noch zu erlassendem Gesetz. Er hat ein Recht darauf, Aufschluß über alle die Arbeitnehmerschaft berührenden Betriebsvorgänge, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, zu verlangen. Insbesondere kann er die Vorlage von Lohnbüchern und Informationen über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf verlangen. In Unternehmungen, die Handelsbücher zu führen haben und mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann er vom 1. Januar 1920 ab jährlich eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung verlangen. Die Mitglieder des Betriebsrates sind durch Strafverfahren gegen Benachteiligungen geschützt. Auch können sie nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen oder versetzt werden, vorbehaltlich der Entlassung aus wichtigem Grunde. Die Geheimhaltung der dem Betriebsrat mitgeteilten Geschäftsgeheimnisse ist durch Strafvorschriften gesichert. Auf die weitere Rätegesetzgebung, die über die Betriebsräte hinaus Arbeiter- und Wirtschaftsräte schaffen soll, ist in dem Gesetz, das somit die unterste Stufe des Rätesystems darstellt, bereits mehrfach Rücksicht genommen.

Die Regierung hofft, daß die neue Vorlage in Erkenntnis der Notwendigkeit des Staatslebens von der Nationalversammlung bald verabschiedet werden und dazu beitragen wird, durch die Heranziehung der Arbeiter als vollberechtigte und verantwortliche Glieder des Wirtschaftslebens die Arbeitsfreude und Arbeitslust zu heben, die der Aufbau der Wirtschaft und die Erfüllung der im Friedensvertrag uns auferlegten Bedingungen erfordert.

Nationalversammlung.

Weimar, 11. August. (Von uns. Vertr.) Die Nationalversammlung beschäftigte sich am Montag vormittag in einer Sitzung, in der eine ganze Reihe von Steuergesetzen in 2. Lesung und die große Vermögensabgabe in erster Lesung standen, mit dem Grundwechselsteuergesetz. Die Debatten über dieses Gesetz nahmen so lange Zeit in Anspruch, daß man am Vormittage an eine Reihe der weiteren Gegenstände überhaupt nicht mehr herankam. Es kann schon jetzt als sicher gelten, daß der vorgesehene Termin für die Beendigung der Weimarer Tagung am 22. August nicht eingehalten werden kann, wenn die Beratungen in diesem Tempo weitergehen.

Die Kritik, die von den bürgerlichen Fraktionen, insbesondere von den Demokraten und den Rechtsparteien an der Regierungsvorlage geübt wurde, war reichlich scharf. Von demokratischer Seite betonte vor allem der Abg. Waldstein, daß der Entwurf nur unter dem Gesichtspunkte annehmbar sein könne, daß das Reich in seiner Notlage ungeheure Einnahmen brauche. Er bezweifelte aber, daß die erwähnten Mehreinnahmen durch den Gesetzentwurf erreicht würden. Die Regierung habe in der Begründung ihrer Vorlage eine Milchmädchenrechnung aufgemacht, die die Fraktion als falsch erkannt habe und nicht mitmachen wolle. Auch die Redner der Rechtsparteien, unter diesen besonders der Abg. Becker-Hessen (D. Vp.) bezweifelten die Richtigkeit der Vorausberechnung der Regierung an. Außerdem wurden von deutschnationaler Seite noch Garantien dafür verlangt, daß die Gemeinden einen festen Anteil an dem Ertrag der Steuer auch in Zukunft erhalten könnten.

Eine außerordentlich interessante Debatte ergab sich bei § 7, in dem die Fälle behandelt sind, in denen die Grundwechselsteuer nicht erhoben wird. Hierzu hatten die demokratischen Abgg. Siehr, Waldstein u. Gen. einen Abänderungsantrag eingebracht, der die Steuersätze auf die Hälfte ermäßigen wollte, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 M. und bei unbebauten 5000 M. nicht übersteigt. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei wollte der obersten Behörde aus demselben Grunde die Berechtigung zuerkennen, die Steuer zu ermäßigen, wenn der steuerpflichtige Betrag die genannte Höhe nicht übersteigt. Gegen diesen Antrag wandten sich seltsamerweise gerade diejenigen, die sonst für sich immer den Anspruch erheben, daß sie die Schützer des Mittelstandes und der Kleinbauern seien, nämlich die Sozialdemokraten. Ihr Sprecher erklärte, daß diese Anträge eine Bevorzugung des platten Landes darstellten und daß sie aus diesem Grunde gegen die Anträge stimmten.

Sitzungsbericht.

Weimar, 11. August.

Am Regierungstisch Erzberger, Schmitt.

Zweite Beratung des Grundwechselsteuergesetzes.

§ 1 hat nach den Beschlüssen des Ausschusses folgende Fassung erhalten: „Beim Uebergang des Eigentums an inländische Grundstücke wird eine Grunderwerbssteuer erhoben. Dem Uebergang des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken." Dieser Fassung entsprechend ist auch die Ueberschrift geändert worden in „Entwurf eines Grunderwerbssteuergesetzes".

Abg. Solmann (Soz.): Annehmbar ist für uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei aller Berücksichtigung auf die Finanznot des Reiches auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer acht gelassen wird. Alles gemeinnützige Grundeigentum muß von dieser Steuer befreit bleiben. Nicht gelungen ist uns, im Ausschuß eine Abstufung der Steuer nach der Leistungsfähigkeit des Reiches. Im Ganzen sehen wir das Gesetz als eine immerhin zuträgliche Steuerquelle für das Reich an.

Abg. Oenkel (U. S. P.): Für uns wiegt das Bedenken, daß die Grunderwerbssteuer auf die Mieter abgewälzt wird, schwer genug, um das ganze Gesetz abzulehnen.

Abg. Waldstein (D. D.): Der Entwurf scheint uns überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt annehmbar, daß das Reich in seiner Notlage ungeheure Einnahmen braucht. Ob der Entwurf wirklich die erwähnten Mehreinnahmen bringen wird, ist uns aber mehr als fraglich. Wir werden deshalb nicht aus Steuerlichen, sondern um das Erträgnis der neuen Steuern einigermaßen sicherzustellen, dem demokratischen Antrag, den Steuersatz von 4 auf 2 zu ermäßigen, zustimmen.

Abg. Becker-Hessen (D. V.): Wir stimmen dem Entwurf zu, aber mit schwerem Herzen. Wir können uns von der Befürchtung nicht frei halten, daß der Umsatz durch eine so hohe Stempelbelastung sehr beeinträchtigt werden kann und andererseits die hohen Steuersätze die Mietpreise hochtreiben können. Sehr erwünscht wäre es, den Umsatz in Grundstücken von geringem Wert etwas zu erleichtern, und wir bitten Sie schon jetzt, unserem diesbezügl. Antrag zuzustimmen.

MARCHIVUM

Abg. Bürke (D. N.): Wir können uns nur schweren Herzens entschließen, diesem Gesetz zuzustimmen. Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die Höhe der Steuer und die Benachteiligung der Gemeinden. Wir verlangen, daß den Gemeinden auch ferner wenigstens ein Teil Anteil an dem Ertrag gewährleistet wird. Dankbar wären wir für eine Erklärung, wie sich das Verhältnis dieser Steuer zu anderen Steuern, Umsatzsteuer, Grundsteuer usw. gestalten wird.

Geh. Rat Popitz erwiderte, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsabgabenordnung zu verhandeln sein werde.

Sowohl von demokratischer Seite, als auch von seiten der Deutschen Volkspartei wurde auf diesen Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der Sozialdemokraten eindringlich hingewiesen. Der Abänderungsantrag wurde dann aber doch in der Abstimmung mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokrate abgelehnt, nachdem auch der Reichsfinanzminister um ihre Ablehnung gebeten hatte. Dieser sprach sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen reichlich temperamentlich über die Organisation der Steuerbehörden aus, sodaß von seiten des Hauses ein Vorwurf gegen die Steuerbeamten aus seiner Arbeit herauszuhören werden mußte. Der Minister verwahrte sich zwar nachher mehrfach dagegen, daß er die Beamten als solche angegriffen habe, konnte aber den Eindruck, den seine Ausführungen gemacht hatten, nicht ganz verwischen. Im übrigen sagte er noch zu, daß bei dem Erlaß der Ausführungsbestimmungen der Städtetag gehört werden solle. Die übrigen Bestimmungen der Gesetze blieben im wesentlichen unverändert. Mehrfache Versuche der Demokraten von der Rechtsparteien Abänderungen zu erreichen, die die Interessen des Kleingrundbesitzes hätten wahren können, wurden von dem Zentrum und der Sozialdemokratie unmöglich gemacht. Das Haus vertagte sich darauf kurz nach zwei Uhr auf nachmittags vier Uhr.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

⊡ **Berlin**, 11. August. (Von unserem Berliner Büro.) Heute nachmittag findet eine Kabinettssitzung der Regierung statt, in der weitere Maßnahmen zur Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages erwogen werden sollen. Desgleichen wird sich das Kabinett mit dem Gesetzentwurf beschäftigen, der die Erfassung eines Teils der Obsternte vorsieht. Da nämlich unsere Fettversorgung auch weiterhin unzulänglich bleiben wird, wird es notwendig sein, zur Ergänzung der Fettration einen Teil der Obsternte zur Marmeladeherstellung zu erfassen. Schließlich wird man sich auch mit der Frage der Bereitstellung von Berufsschuhwerk zu billigen Preisen an die arbeitende Bevölkerung befassen.

Neuregelung der Kartoffelverteilung.

Weimar, 11. August. (Von uns. Vertr.) Eine Reihe von Zentrumsabgeordneten hat eine Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht, in der darauf verwiesen wird, daß sich die Grundlagen und Voraussetzungen des bisherigen Verteilungssystems in der Kartoffelversorgung von Grund auf verschoben hätten, daß sie zum Teil ganz weggefallen sind. Die Abgeordneten fragen daher die Reichsregierung, ob sie bereit sei unter Wahrung der Höchstpreise, der Abgabepflicht und der Rationierung eine Neuregelung der Kartoffelverteilung vorzunehmen, mit dem Ziel einer Vereinfachung des Verteilungssystems, der Vermeidung unwirtschaftlicher Transporte durch die Gestattung direkter Verkehrsbeziehungen zwischen Produzenten und Verbraucher und die Versorgung der Kommunen aus dem nächsten Ueberschußgebiet.

Letzte Meldungen.

Geheime Friedensverhandlungen mit Belgien.

Genf, 10. August. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Das „Journal de Geneve" veröffentlicht bis jetzt unbekannte Dokumente über Friedensverhandlungen, die im März 1918 in Bern zwischen dem bayrischen Grafen Törring, einem Verwandten der belgischen Königsfamilie, und dem belgischen Gesandten in der Schweiz begonnen, und die sich bis Ende August hinzogen. Danach soll Törring am 23. August dem Vertreter Belgiens mitgeteilt haben, daß die deutsche Regierung die Souveränität Belgiens wieder herstellen und für den dort angerichteten Schaden aufkommen werde. Weiter soll Deutschland keinerlei Pfand verlangt, dagegen an Belgien das Ersuchen gerichtet haben, dieses möge bei der Entente für die Rückgabe der deutschen Kolonien vorstellig werden.

Stärke der in Frankreich befindlichen amerikanischen Armee.

Versailles, 10. Aug. (WB.) Nach der „Chicago Tribune" hat die amerikanische Armee, die sich augenblicklich noch in Frankreich befindet, nur noch die Stärke von ungefähr 100 000 Mann.

Die russische Blockade bleibt bestehen.

Versailles, 10. Aug. (WB.) „Intransigeant" teilt mit: Der Oberste Rat der Alliierten hat gestern beschlossen, die Blockade gegenüber Rußland aufrechtzuerhalten.

Festlegung der neuen ungarischen Grenze.

Bern, 10. August. (WB.) Die „Nouvelliste" berichtet aus Paris, daß Hoover gestern nach Budapest abgereist ist, wo er im Auftrag des Obersten Rates der Alliierten einen Bericht über die Lage in Ungarn ausarbeiten soll. Der Rat selber wird sich morgen mit der Botschaft des Erzherzogs Josef an Clemenceau eingehend befassen.

„Chicago Tribune" zufolge hat der Rat die neuen Grenzen des ungarischen Staates vorgestern nachmittag festgelegt.

„Präsident" Dorten in Paris?

Köln, 11. August. (Priv.-Tel.) Vor kurzem ließ die vorläufige Regierung der rheinischen Republik durch die Offiziösen in Mainz, Trier und Koblenz einem aufgetauchten Gerücht widersprechen, wonach der sogenannte Präsident Dr. Dorten nach Paris gereist sei. Diese Ableugnung entsprach der Wahrheit nur halb. Dr. Dorten ist, wie der Rheinische Nachrichtendienst aus unbedingt zuverlässiger Quelle über Holland erfährt, in der vergangenen Woche in Paris eingetroffen. Es soll in Verhandlungen in Paris eine Grundlage gefunden werden, um nach der Rückkehr Dortens im Rheinland die Ausrufung der Republik von neuem zu versuchen. Hinter diesen Plänen stehen, wie aus den ununterbrochenen Reisen Dortens in der letzten Woche zu schließen ist, eine ganze Reihe von Zentrumsausschüssen im Rheinland. Vor der Reise nach Paris hatte Dorten eine Anzahl von Versammlungen in dem bisher wenig bearbeiteten Niederrhein gehalten.

Revolutionäre Bewegung in der Türkei.

Bern, 10. August. (WB.) Der „Temps" meldet aus Kairo: Mustafa Dschemal Pascha hat sich geweigert, der Aufforderung der türkischen Regierung, nach Konstantinopel zurückzukehren, Folge zu leisten. Er hat sich von der Türkei unabhängig erklärt und läßt überall bekannt machen, die Konstantinopeler Regierung habe das Vaterland verkauft. Er fordert die Anhänger des Islam und die Freunde der Türkei auf, sich ihm anzuschließen. Mustafa Dschemal Pascha verfügt über zwei revolutionäre Divisionen; zahlreiche Freiwillige strömen ihm von allen Seiten zu. Die türkische Regierung hat zwei Minister in das ausländische Gebiet abgesandt, um dort zu verhandeln. Voraussichtlich werden morgen auch Gendarmerietruppen dorthin dirigiert werden.

Ausbreitung des Bolschewismus in der Türkei.

Bern, 10. August. (WB.) Der „Temps" meldet aus Saloniki, man erfährt aus Konstantinopel, daß sich die türkischen Behörden über die schnelle Ausbreitung des Bolschewismus in der türkischen Arbeiterklasse sehr besorgt zeigen.

Amerikanische Anleihe an Estland.

Helsingfors, 11. Aug. (W.B.) Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Estland eine Anleihe von 50 Millionen Doll. gewährt.

Streikbewegung im Leipziger Buchhandel.

⊡ **Berlin**, 11. August. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der Streikbewegung des Leipziger Buchhandels teilt die Ostgruppe Leipzig des Arbeitgeberverbandes der deutschen Buchhändler folgendes mit: Am 9. August ist die Buchhandlungsgehilfenschaft und die kaufmännische Angestelltenschaft des Leipziger Buchhandels in den Ausstand getreten. Obgleich die auf Grund des Vorschlages des Arbeitgeberverbandes begonnenen Einigungsverhandlungen mit den Markthelfern fortgesetzt worden sind und vor einem für beide Teile annehmbaren Abschluß stehen, hat die Gehilfenschaft diese auf gleicher Grundlage begonnenen Verhandlungen abgebrochen mit der Begründung, der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes sei für sie nicht diskutabel.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Bevorstehende Freigabe des Nutz- und Zuchtviehhandels in der Pfalz.

⊡ **Aus der Pfalz**, 11. Aug. Die Freigabe des Nutz- und Zuchtviehhandels wird sicherem Vernehmen nach in dieser Woche für den ganzen Kreis erfolgen. Die seither geltenden Höchstpreisbestimmungen standen nicht im Einklang mit den hohen Futterkosten und den bedeutend gestiegenen Ausgaben für Personal u. s. w. Seit vielen Monaten wurden die Höchstpreise von den Züchtern bzw. Besitzern der Tiere und dem Handel nicht mehr beachtet. Der Verkauf nach Gewicht und die Höchstpreise, auch die Ausfuhrbeschränkungen von Kommunalverband zu Kommunalverband standen nur noch auf dem Papiere. — Dagegen bleibt die Zwangsbewirtschaftung des Schlachtviehs, das nur in unzureichender Menge überhaupt noch zur Verfügung steht, im Interesse der Fleischversorgung der Bevölkerung nach wie vor aufrechterhalten. Leider blüht die Schwarzschlächterei und der Schleichhandel seit langem in betrüblicher Weise und bedroht die Ernährung aufs Ernsteste. Dazu kommt, daß aus den Grenzgebieten nach der Saar und der Rheinprovinz die Verschleppung von Schlachtvieh trotz schärfster Ueberwachungsmaßnahmen nicht unterdrückt werden kann.

Leoncavallo †.

Der berühmte Komponist des „Bajazzo" ist, wie bereits gemeldet, im 62. Lebensjahre gestorben. Ruggiero Leoncavallo wurde am 8. März 1858 zu Neapel geboren und ist seit 1892 ein vielgespielter Komponist auch auf deutschen Bühnen. Keines seiner späteren Opernwerke hat die Künstlerreife des „Bajazzo" jedoch erreicht. Seine „Boheme" wurde von der gleichnamigen Oper Puccinis dauernd in Vergessenheit gerückt. Leoncavallos Anhängerschaft an Richard Wagner nahm für den Italiener besonders stark ein, doch schien das erste Werk seine schaffenden Mittel bereits erschöpft zu haben. Dem allerdings ist dauernde Beliebtheit gesichert, während die Opern „Roland von Berlin" oder „Maja" schon heute nicht mehr genannt werden. A. M.

Münchner Theater.

Uraufführung im „Münchner Schauspielhause".

Am 7. August gelangte im „Münchner Schauspielhause" das Drama „Verbannte" des irischen Dichters James Joyce zur Uraufführung. Wir sehen einen jener Dreiakter mit philosophierenden Dialogen und fast gänzlichem Verzichte auf Geschehenen und dramatischen Zuspitzungen, die — zumal im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts — auch in Deutschland sehr beliebt waren. Weltanschauungen werden entwickelt und debattiert und — weil es ja halt ein Drama sein soll — müssen Menschen die Nutzanwendungen dieser Weltanschauungen über sich ergehen lassen. In unserm Falle handelt es sich darum, daß Schriftsteller Richard seine Frau Berta unter Verzicht auf alle sich aus der Ehe ergebenen Monopolrechte tun läßt, was sie will. So erfährt er von ihr selbst, daß sich um ihre Liebe bewerbe. Er tut nichts, um sie von Robert zurückzuhalten, im Unterbewußtsein von einer (wie er meint rein intellektuellen) Beziehung vielleicht gehemmt, die er mit Roberts Base pflegt. Frau Berta besucht Robert, aber sie bricht nicht die eheliche Treue (oder tut sie es doch? Es wird einmal von einem Traume gesprochen, der vielleicht verschleiern soll) und findet sich mit Richard, dem sie in Wahrheit und Wirklichkeit heute wie je anhängt und angehört, zu neuem Glücke zusammen.

Das Stück ist voll von ernster Geistigkeit, viele und — wie es scheint — sehr tiefe Worte werden über allerlei Probleme gesprochen, aber: Klärungen und letzte Deutungen sind nicht wahrzunehmen. Der Zuschauer ermüdet an den endlosen Gesprächen, die er mit anhört und er nimmt höchstens den Eindruck einer seelischen Bewegung, eines klugen Gedankens mit fort. Menschlich bleibt das Stück seinem Herzen, völlig fern und fremd. So war denn der Erfolg nur einer der Achtung für geistigen Willen und künstlerische Ehrlichkeit, vielleicht auch für die Bemühungen der unter Erwin Bussen guter Regie sich entwickelnden Darstellung. Die Berta, des neuengagierten Frl. Carla Holm, hätte dem Ganzen mehr Colorit gegeben, wäre sie über Conturenriß und die (sehr sympathischen) Aeußerlichkeiten des Vortrags und der Erscheinung zu einer — wenn ich so sagen darf — geistigen Wärme gelangt. Aber, ich gestehe, daß das nicht leicht gewesen wäre. Herr Dieterle schuf die neue Figur seiner Typenreihe ethisch Besessener, Scharwenka mühte sich um den materiell gesinnten Robert, aber auch dieses Künstlers ernsthaften Anstrengungen gelang es nicht, diese Figur plastisch zu machen.

Richard Kleß.

Literatur.

⊙ **Der Literarische Verein der Pfalz** hielt letzthin in Neustadt a. H. nach längerer Pause eine Hauptausschußsitzung ab, die unter dem Vorsitz des Seminardirektors L. Eid tagte. Es wurde allseits betont und lebhaft gewünscht, daß auch unter den gegenwärtig schweren Verhältnissen der Verein seine Kulturaufgabe ernstlich aufnehmen und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften zur Ausführung bringen möge. Um gemeinsam recht gediegene und bodenständige Arbeit leisten zu können, sollen alle befähigten Schriftsteller der Pfalz, besonders aber die jüngeren Talente mit dem Verein in engere Fühlung gebracht werden. Durch Tod, Wegzug und Austritt während der langen Kriegszeit verlor der Verein viele Mitglieder. Doch steht diesem Verlust eine stattliche Anzahl von Aufnahmen gegenüber, so daß die Mitgliederzahl sich zwischen 4—500 bewegt. Der Kassenstand ist ein günstiger: 800 Mark werden für „Die Pfalz am Rhein" bewilligt, 1100 Mark sollen verzinslich auf einer Bank angelegt werden. Wegen der Herausgabe des Pfälzischen Almanachs wurden drei Vorfragen gestellt: Werden die Geldmittel zusammen kommen; wird er zum ganzen pfälzischen Volke sprechen; werden die Mitarbeiter dauernd vorzüglichen Stoff beizutragen haben? Wegen der Aufbringung der Mittel und der leichteren Absatzmöglichkeit soll der Verein mit andern Faktoren zusammen arbeiten, so mit dem Pfälzerwald-Verein, dem Verein pfälzischer Künstler und Kunstfreunde, dem Historischen Verein, Verkehrsverband, Buchhändlerverband usw. An Mitarbeitern wird die geistig regsame Pfalz stets jungen Nachwuchs haben. So wurde von allen das Versprechen gegeben, mitzuwirken, daß übers Jahr der Almanach versandfertig vorliegt. Vorfälle aus dem letzten Halbjahr ließen die Frage auftauchen, ob der Verein Schritte unternehmen soll, welche den Mißbrauch der Bezeichnung Pfälzische Heimatbühne unmöglich machen können. Da die pfälzische Heimatbühne kein besonderes Theaterunternehmen ist, sondern im allgemeinen nur das Bestreben kennzeichnet, gute, pfälzische Stücke in musterhafter Aufführung dem pfälzischen Volke zu bieten, so wird der Verein jederzeit dort seine Unterstützung zusagen, wo ihm diese Vorbedingungen gewährleistet erscheinen, aber er wird im Interesse der Sache auch mit seiner Kritik nicht zurückhalten.

Handel und Industrie.

Vom Mannheimer Produktenmarkte.

⊡ **Mannheim**, 11. Aug. Infolge der in den letzten 8 Tagen anhaltenden günstigen Witterungsverhältnisse machte die Ausreifung aller Bodenfrüchte gute Fortschritte. Insbesondere wird aus unseren Gegenden und war sowohl aus der Pfalz als auch von der Bergstraße berichtet, daß die Ergebnisse hinsichtlich der Qualität wie auch Quantität besser ausfallen, als bisher erwartet worden war. Gerste ist größtenteils eingebracht und Weizen, wie auch Hafer gehen der Reife entgegen. Was Hafer betrifft, so dürfte allerdings die Beschaffenheit desselben unter der im Frühjahr lang anhaltenden Trockenheit gelitten haben, während dies bei Weizen nicht der Fall ist. Letzterer ist zwar infolge der langen Regenperiode zu Boden gedrückt, aber es steht qualitativ ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Die Kartoffelernte schreitet gut vorwärts und wenn die Witterung nun einigermaßen gut bleibt, so darf mit einem guten Ergebnis gerechnet werden. Auch die sonstigen Hackfrüchte stehen recht schön.

Handel blieb es auch in dieser Woche ruhig. Stark angeboten waren in der Hauptsache wieder Heu und Stroh auf spätere Lieferung, wodurch die Preise sich zu Gunsten der Käufer stellten; Umsätze kamen aber nur wenig zustande, da die Kaufleute die weitere Entwicklung des Marktes abwarten wollen. Heu und Stroh für sofortige Lieferung hatten dagegen behauptetere Tendenz aufzuweisen, was darauf zurückzuführen war, daß die Angebote darin nicht so drängend blieben, da die Landwirte infolge der starken Inanspruchnahme mit den Feldarbeiten fast keine Zufuhren leisten. Lupinen hatten sehr stillen Markt. Seradella war zu Futterzwecken stark angeboten, fand aber auch nur selten Käufer. Ferner zeigte sich ein großes Angebot in Dörrgemüsen, das aber auch nur wenig Beachtung fand. Für Sämereien besteht nur wenig Interesse.

An den überseeischen Märkten war die Stimmung nicht einheitlich, besonders war Mais und auch Hafer in den ersten Tagen der Berichtswoche im Preise rückläufig, was wohl auf die günstigen Ernteschätzungen des Statistikers Snow zurückzuführen war, während in den letzten Tagen sich wieder eine festere Stimmung, bei anziehenden Preisen, kundgab. Letztere wurde hervorgerufen durch Nachrichten, nach denen die Ernte durch allzugroße Hitze gelitten haben soll. Man schätzt das zu erwartend: Erträgnis von Winterweizen auf rund 700 Millionen Bushels, denjenigen von Frühjahrsweizen auf 240 Millionen Bushels, Mais auf 2800 Millionen Bushels und Hafer auf 1285 Millionen Bushels.

Mannheimer Holzmarkt.

⊏ **Mannheim**, 11. August. Bei lässigsten Angeboten wurden verlangt für die 100 Stück 16'/5" „guten" Bretter etwa ℳ 640—645, 6" ℳ 408—410, 7" ℳ 475—482, 8" ℳ 548—550, 9" ℳ 610—618, 10" ℳ 660—685, 11" ℳ 745—755 und 12" ℳ 815—825, für 16" ¾'b" bedgl. etwa ℳ 274—278, 6" ℳ 327—333, 7" ℳ 382—389, 8" ℳ 435—440, 9" ℳ 490—497, 10" ℳ 543—550, 11" ℳ 598—603, 12" ℳ 653—660, für 16/ ⅝" 5" bedgl. etwa ℳ 236—245, 6" ℳ 298—300, 7" ℳ 334—339, 8" ℳ 388—390, 9" ℳ 430—435, 10" ℳ 475—482, 11" ℳ 525—530, 12" ℳ 570—580, für 16' ½" 3" bedgl. etwa ℳ 205—209, 6" ℳ 247—250, 7" ℳ 288—290, 8" ℳ 329—325, 9" ℳ 367—375, 10" ℳ 410—417, 11" ℳ 450—455, 12" ℳ 488—495; alles frei Schiff Köln, Düsseldorf und Duisburg. Für gehobelte Bretter war der Markt sehr aufnahmefähig, doch konnte sich das Angebot dem Bedarf umso weniger nähern, als dieser inzwischen weiter zunahm, die Versorgung der Hobelwerke mit Rohware aber schwieriger wurde. Neben der 22 mm starken süddeutschen Hobelware wurden auch 24 mm starke sehr begehrt, welch letztere aber meist nur in unsortierter Beschaffenheit zu erhalten war. Für 22 mm starke süddeutsche Fichten- und Tannenhobelbretter, 3—6 Meter lang, etwa 11½—17 cm breit, wurden in „guter" Beschaffenheit etwa ℳ 6.— für das qm bahnfrei der oberrheinischen Versandstätte gezahlt. Guter Begehr trat auch nach einzöllziger Rundstammware auf. Latten waren fortgesetzt Gegenstand regsten Begehrs, waren aber stets nur in beschränkten Mengen und zu durchweg sehr hohen Preisen angeboten. Auch das Angebot an „guten" Rahmenhölzern beschränkte sich auf kleinere Posten, für die auffallend hohe Preise gefordert wurden. Man bewilligte zuletzt für diese Ware bei Lieferung frei Schiff mittelrheinischer Stationen etwa ℳ 198—202. Von der linken Rheinseite aus wurde geschnittenes Tannen- und Fichtenbauholz fortdauernd gut begehrt, während die Anforderungen aus dem rechtsrheinischen Gebiet weniger dringlich waren. Eilige Lieferungen, um die es sich vielfach handelte, waren bei den süddeutschen Sägewerken nur schwer unterzubringen.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse nahm einen stillen Verlauf. Interesse bestand für Waggonfabrik Fuchs-Aktien, Ver. Freiburger Ziegelwerke und Oberrhein. Versicherungs-Aktien. Kontinentale Verf.-Aktien und Mannheimer Gummi stellten sich etwas niedriger.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 11. August. (Priv.-Tel.) Die heutige Börse war wiederum hauptsächlich durch ihre starke Geschäftslosigkeit gekennzeichnet. Der Handel selbst war nicht einheitlich, doch überwiegend behauptet. Wieder konnte eine Anzahl von ersten variablen Kursen nicht zur Notierung kommen. Am Montanaktienmarkt sind Phönix Bergbau etwas schwach 170 (— 1 %), da die Dividendenziffern sehr widersprechend lauten. Harpener sind zu besseren Kursen gefragt. Deutsch Luxemburger mit 145½ % sind etwas schwach zu nennen. Mit einer mäßigen Befestigung traten Daimler in den Verkehr. Die Geschäftsstille in chemischen Werten hielt weiter an, auch blieb die Kursentwicklung eine bescheidene. Badische Anilin setzten bei mäßigem Angebot etwas niedriger ein. Farbwerke Höchst sind zu besseren Kursen gefragt, dagegen wurden Scheidemandel angeboten. Befestigung erzielten einige Elektrizitätspapiere, darunter Felten und Guilleaume. Schiffahrtsaktien verkehrten etwas schwächer. Schantungbahn gingen zu unveränderten Kursen um. Kanada Pacific waren billiger zu haben. In Nachkriegsanleihen Kolonialpapiere, besonders Otavibinnen 149, während Neu-Guinea zur schwachen Haltung neigten. In Petroleumwerten waren die Umsätze sehr bescheiden. Steaua Romana variierten von 436—437½ %—435. Deutsche Petroleum 290. Opian waren 2000—1975 genannt. Erwähnenswert sind Kasseler Faßfabrik, welche auf den Abschluß gefragt sind. Mannesmann Röhren sind um 7 % höher. — Auf dem Rentenmarkt eröffneten Kriegsanleihen zu ermäßigten Kursen, 80¼ %—79¾ %. Sonstige deutsche Reichsanleihen blieben ruhig. Am Industrieaktienmarkt mit Einheitskurs erhielt sich behauptete Stimmung. Adlerwerke Klever verloren 3½ %. Der Schluß der Börse gestaltete sich ruhig. Privatdiskont 3¾ %.

Berliner Wertpapierbörse.

⊙ **Berlin**, 11. Aug. Die Börse verkehrte unter dem Zeichen großer Lustlosigkeit. Streikbefürchtungen und der Bankbeamtenstreik in Hamburg hemmen jede Unternehmungslust. Die Kursbewegung ließ keine einheitliche Tendenz erkennen und die Kurse schwankten meist. Nur unbedeutend höher stellten sich Orientbahn, türkischer Tabak, Mannesmannröhren, Oberschl. Eisenbahnbedarf, Rombacher Hütte, Höchster Farbwerke und Bergmann waren gleichfalls schwankend. Sonst waren die Kurse meist unerheblich abgeschwächt. Deutsche Anleihen gaben etwas nach. Kriegsanleihen notierten 80⅝ Prozent, österreichische Anleihen unverändert. Etwas fester gestaltete sich der Schluß der Börse.

Berlin, 11. August. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	9. Geld	9. Brief	11. Geld	11. Brief
Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland 100 Gulden	648.00	648.50	648.00	648.50
Dänemark 100 Kronen	379.00	379.50	379.00	379.50
Schweden 100 Kronen	425.00	425.50	425.00	425.50
Norwegen 100 Kronen	400.00	400.50	400.00	400.50
Schweiz 100 Franken	308.00	308.25	308.00	308.25
Oest.-Ungarn 100 Kronen	42.95	43.05	42.95	43.05
Spanien	315.—	316.—	315.—	316.—
Bulgarien 100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—
Helsingfors	103.00	103.75	103.00	103.75

⊡ **Berlin**, 11. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Das Kommissariat des Obersten Volksrates in Posen hat die Gründung einer Börse genehmigt. Sie wird der obersten Verwaltungsbehörde des Bezirks Posen unterstellt.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Bürgerausschußvorlagen.

Gehalte der besoldeten Stadträte.

Beschluß des Stadtrates: Gemäß § 4 des Ortsstatuts über die Zusammensetzung des Stadtrates vom 10. Juli und 1. August 1919 werden drei Stadträte zur Teilnahme an den Geschäften des Oberbürgermeisters bestimmt. Das Maß der dienstlichen Verpflichtungen soll demjenigen der Bürgermeister gleich sein. Das jährliche Gehalt soll 12 000 Mark betragen; außerdem sollen die Stadträte diejenigen Teuerungszulagen genießen, welche den Bürgermeistern als solche, nicht als versorgungsberechtigte Gehaltszulage zustehen. Nach Ablauf seiner Dienstzeit soll der besoldete Stadtrat, der nicht abermals mit dem Amt eines besoldeten Stadtrates betraut wird, für die nächsten 3 Jahre ein Wartegeld von einem Drittel seines Gehaltes beziehen. Sollte bei Aenderung der Städteordnung an die Stelle des besoldeten Stadtrats im Sinne des obigen Mannheimer Ortsstatuts ein anderes Amt treten, das in ähnlicher Weise die Teilnahme an den Geschäften des Bürgermeisteramts ermöglicht, so muß der besoldete Stadtrat auch dieses Amt annehmen, falls es ihm unter gleichen Gehaltsbedingungen angeboten wird; würde er es ablehnen, so hätte er keinen Anspruch auf Wartegeld. Auf das Wartegeld findet § 40 des städtischen Beamtenstatuts sinngemäße Anwendung.

Begründung: Veranlassung des Ortsstatuts vom 10. Juli und 1. August 1919 war zum größten Teil, zu ermöglichen, daß „besoldete Stadträte" aus den Reihen der Stadträte gewählt werden. Die Zahl dieser Stadträte ist auf 3 in Aussicht genommen. Das Ortsstatut hat vorbehalten, daß das Maß der dienstlichen Verpflichtungen und die Vergütung durch Vertrag mit Zustimmung des Bürgerausschusses geregelt wird. Selbstverständlich kann der Stadtrat dieses Maß der Verpflichtungen und die Vergütung auch schon vor der Wahl der Stadträte ordnen, sodaß derjenige, an den der Antrag, das Amt zu übernehmen, herantritt, von vornherein über diese wichtigen Fragen Bescheid weiß. Es erscheint nun bei der Aufgabe der besoldeten Stadträte, wie sie durch § 3 des Ortsstatuts festgesetzt ist, angezeigt, das Maß der Verpflichtungen demjenigen der Bürgermeister gleichzusetzen. Es soll also der besoldete Stadtrat hauptberuflich sein Amt versehen und seine ganze Kraft diesem Amte widmen. Dementsprechend ist auch das Gehalt bemessen. Eine Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten für das Amt zu gewinnen, wird dadurch verursacht, daß die Berufung nur auf die Dauer des Stadtratsamtes, also nur bis zum November 1922, gesetzlich zulässig ist. Der zu Berufende ist demnach der Gefahr ausgesetzt, an diesem Tage wieder aus seinem neuen Berufe auszuscheiden und ein neues Arbeitsfeld suchen zu müssen. Um diese Schwierigkeit zu mildern, ist die Einräumung eines bescheidenen Wartegeldes auf 3 Jahre vorgesehen, das aber schon früher wegfällt, wenn der ausgeschiedene Stadtrat ein entsprechend hohes Einkommen gewinnt.

Erstellung einer Kantinenbaracke für das Straßenbahnpersonal.

Der Stadtrat hat beschlossen, für das Straßenbahnpersonal auf dem Baublock östlich der Straßenbahnwagenhalle Collinistraße eine Kantinenbaracke zu erstellen. Die Kosten mit 17 500 Mark sind in den Haushaltplan der Straßenbahn im Jahre 1920 einzustellen. Bei der Begründung der Vorlage wird ausgeführt: Infolge des auch in den Straßenbahnwerkstätten durchgeführten Schichtendienstes erweist sich der zur Verfügung stehende Kantinenraum als zu klein. Die Arbeiter sind infolgedessen gezwungen, in kleineren Gruppen nacheinander Pause zu halten, wodurch die Handinhandarbeiten in den Werkstätten äußerst gehindert wird. Der Arbeiterausschuß hat daher beim Straßenbahnamt die Schaffung eines ausreichend großen Kantinenraums beantragt. Weder im Verwaltungsgebäude, noch in der Wagenhalle ist ein derartiger Raum vorhanden. Das Straßenbahnamt hat sich daher wegen Erwerbung einer entsprechend großen Baracke bemüht, mit dem Erfolg, daß ihm eine bisher auf dem Luftschiffhafenplatz Sandhofen aufgestellte Offiziersbaracke für kurze Zeit an Hand gegeben worden ist. Die Baracke ist 30 Meter lang und 10 Meter breit, hat also einen Flächeninhalt von 300 Quadratmeter, der für den vorliegenden Zweck ausreicht. Der Kaufpreis mit 15 000 Mark ist bei der Größe der Baracke nach Ansicht des Straßenbahnamts und des ebenfalls gehörten Vorstands des Hochbauamts angemessen. Die Baracke soll auf dem Baublock östlich der Straßenbahnwagenhalle Collinistraße, auf dem bereits die beiden Schulbaracken sich befinden, aufgestellt werden. Für die Herstellung der Fundamente und die notwendige Erneuerung des Dachpappebelags sind dem Kaufpreis 2500 Mark zuzurechnen, sodaß sich die Gesamtkosten auf 17 500 Mark belaufen werden. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine Holzbaracke handelt, ist die Deckung des Aufwandes aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1920 gerechtfertigt.

Krankenhausneubau.

Der Stadtrat hat beschlossen, daß die Verputzarbeiten am Neubau des neuen Krankenhauses zunächst nicht vergeben, der Bau des neuen Krankenhauses demnächst bis auf weiteres nicht fortgesetzt werden soll. Zur Begründung dieses für die ganze Entwicklung unseres Krankenhauswesens so überaus folgenschweren Beschlusses wird ausgeführt: Am 27. Mai 1919 wurde der technischen Kommission ein Antrag auf Vergebung der Verputzarbeiten am neuen Krankenhause vorgelegt. Das in Betracht kommende Angebot belief sich auf 760 675 Mark, während im Kostenvoranschlage 486 610 Mark vorgesehen waren. Diese ganz außerordentliche Preissteigerung, wonach der Kostenvoranschlag fast um das fünffache überschritten würde, veranlaßte eine Erhebung darüber, welche Kosten die Fertigstellung des Krankenhauses unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch beanspruchen würde. Danach dürfen zur Fertigstellung des Krankenhauses bei den heutigen Preisen im Ganzen noch 15 060 202 Mark erforderlich, während der noch nicht verausgabte Kredit sich auf 2 367 295 Mark beläuft. Die Gesamtkosten des Krankenhausbaues würden demnach betragen 12 708 889 Mark gegen 9 019 300 Mark die im Voranschlag vorgesehen waren. Der Stadtrat ist der Meinung, daß eine derartige ungeheure Ueberschreitung des Voranschlags vor der erteilten allgemeinen Ermächtigung nur mit besonderer Genehmigung des Bürgerausschusses stattfinden könne. Das dringende Bedürfnis nach Fertigstellung des neuen Krankenhauses und die Unsicherheit, ob in der nächsten Zeit eine wesentliche Herabsetzung der Preise zu erwarten ist, spricht für Fortsetzung und Vollendung des Baues. Aber es besteht keine Sicherheit, ob verschiedene zur Herstellung sehr notwendige Stoffe, wie z. B. Linoleum und Glas zu den Fenstern in absehbarer Zeit überhaupt beschafft werden können. Es erschiene nicht zweckmäßig, die Verputzarbeiten mit einer Kostenüberschreitung von 400 Prozent jetzt zu vergeben und auszuführen, wenn dann doch der Bau nicht ungesäumt weitergeführt werden könnte. Es wäre überdies zu befürchten, daß die hergestellten Arbeiten, solange die Fenster fehlen, leiden würden und vor der Fertigstellung kostspieligen Ausbesserungen unterzogen werden müßten. Der Stadtrat ist daher der Meinung, daß der Bau erst dann fortgesetzt werden soll, wenn mit einer unbehinderten Fertigstellung gerechnet werden kann. Obgleich der Stadtrat nach der Städteordnung nicht verpflichtet ist, den Bürgerausschuß um Zustimmung zur vorläufigen Einstellung des Baues zu ersuchen, so hat er doch geglaubt, dies gemäß § 52 der Städteordnung tun zu sollen, weil es sich um eine Angelegenheit von größter Bedeutung handelt.

---

* **Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen.** Nach den Vorschriften des Fortbildungsschulgesetzes vom 19. Juli 1918 soll der Unterricht an den Mädchenfortbildungsschulen künftighin durch Lehrerinnen erteilt werden, die ihre Befähigung hierzu durch eine besondere Prüfung nachgewiesen haben. Um den zurzeit im Dienst stehenden Volksschullehrerinnen, die sich dem Beruf einer Fortbildungsschullehrerin widmen wollen und den nach den seitherigen Bestimmungen geprüften Haushaltungslehrerinnen die Teilnahme an einer solchen Prüfung zu erleichtern, werden an dem Haushaltungsseminar des Bad. Frauenvereins unter Leitung des Ministeriums besondere Ausbildungskurse abgehalten. Dem Kurs zur Ausbildung von Volksschullehrerinnen wird zunächst ein Kurs für Haushaltungslehrerinnen folgen. Ausgestaltung und Dauer dieser Kurse wird sich nach dem Bildungsbedürfnis der einzelnen Gruppen richten. Am Schluß der Kurse wird den Kursteilnehmerinnen Gelegenheit gegeben werden, in einer mehrere Tage umfassenden Prüfung den Nachweis zu erbringen, daß sie den an eine Fortbildungsschullehrerin zu stellenden Anforderungen entsprechen. Zu dieser Prüfung können auf Ansuchen auch Nichtkursteilnehmerinnen zugelassen werden, wenn sie nachweisen, daß sie sich die erforderlichen Kenntnisse auf anderem Wege erworben haben. Dabei handelt es sich zunächst nur eine durch verschiedene Umstände gebotene vorläufige Einrichtung. Die endgültige Ordnung der Angelegenheit, bei der die Erfahrungen der verschiedenen Kurse berücksichtigt werden sollen, bleibt für später vorbehalten. Die Prüfung wird durch eine vom Ministerium besonders eingesetzte Kommission, in der ein Mitglied des Ministeriums den Vorsitz führt und der außer den im Kurs unterrichtenden Lehrern ein Schulaufsichtsbeamter und eine Haushaltungslehrerin und wenigstens zwei weitere sachverständige Frauen angehören sollen, abgehalten werden. Die Prüfungsfächer ergeben sich aus folgendem Stoffplan: Erziehungslehre mit Berufskunde, Deutsch, Rechnen, Naturkunde, Geographie, Hauswirtschaftslehre, Gesundheitslehre, Geschichte mit Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde, Abhaltung einer Lehrprobe.

)(**Fachkurse für Orthopädiemechaniker.** Das bad. Landesgewerbeamt beabsichtigt im Laufe dieses Spätjahres einen Fachkurs für Orthopädiemechaniker und Bandagisten zu veranstalten. In diesem Kurs soll den Angehörigen des einschlägigen Gewerbes Gelegenheit geboten werden, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Technik auf dem Gebiet des Ersatzgliederbaus und des Baus orthopädischer Apparate vertraut zu machen. Außer den Angehörigen des Orthopädiemechaniker- und Bandagistengewerbes können zu dem Kurs auch Feinmechaniker und Mechaniker aus Orten, in denen keine Fachhandwerker ansässig sind, zugelassen werden. Der Unterricht ist vollständig unentgeltlich. Der Kurs wird etwa drei Wochen dauern. Anmeldungen dazu sind bis zum 15. Sept. beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe einzureichen; von dieser Stelle sind auch die nötigen Vordrucke zur Anmeldung zu beziehen.

Lebensmittelgeschäfte: Metzger, Bäcker, Konditoreien und Obst- und Gemüsehändler schützt eure Auslagen vor Berührung und vor Fliegen! Die Fliegen sind die gefährlichsten Ueberträger der Ruhr, die bei diesem Wetter und zur jetzigen Jahreszeit sich leicht wieder einnisten kann. Kleinheit und große Beweglichkeit der Fliege erleichtern ihr den Zutritt zu fast allen Räumlichkeiten, wo sie Nahrung wittert. Mit besonderer Vorliebe belecken sie Speichel und Stuhl von Mensch und Tier. Hierdurch sind ihre Beine und besonders der Saugrüssel dauernd mit den Ansteckungskeimen der verschiedensten Krankheiten übersät. Wo Fliegen sich niederlassen, können Krankheitskeime haften bleiben. Alle Nahrungsmittel, besonders solche, die ohne besondere Zubereitung gegessen werden können (Obst, Käse, Milch, Wurst, Konditoreiwaren) müssen mit Fliegengaze verhängt sein. Damit ist die Ware auch gleichzeitig geschützt vor dem jetzt besonders gefährlichen Aufsuchen durch das Publikum. In Geschäften, wo diese kleinen Vorsichtsmaßregeln eingehalten werden, läuft der Käufer kaum Gefahr, mit Ruhr angesteckt zu werden. Ein sauberer Laden mit gutem Fliegenschutz überall ist zugleich die beste Geschäftsempfehlung.

Polizeibericht vom 11. August (Schluß).

Körperverletzungen wurden verübt im Hause F 4. 4, auf der Stamitzstraße und im Hause Stamitzstr. 9 durch Schlagen mit einem Spazierstock, vor dem Hause Lindenhofstr. 62, in der Wirtschaft Schöll, Dalbergstr. 21/25 durch Messerstiche, Schlagen und Werfen mit Stühlen und Bierseidlern, vor der Wirtschaft „Zum Binger Loch", Jungbuschstr. 14, durch Schlagen mit einer Eisenstange und Werfen mit Bierflaschen und durch Messerstiche, in der Weinstube „Hansa", D 1. 7, durch Hinwerfen auf den Boden, in einer Fabrik in Käfertal durch einen Messerstich und auf der Mannheimerstraße in Käfertal.

Verhaftet wurden 39 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein Kaufmann von Varenburg wegen Einbruchsdiebstahls, eine Ehefrau von Hockenheim wegen Abtreibung, ein Bäcker von Sandweier wegen Schleichhandels mit Fleisch und Tabak und ein Tapezier von Ludwigshafen wegen Kettenhandels, sowie vier Matrosen von Oberwinter, Karlsruhe, Budenheim und Niederlahnstein wegen gemeinsam verübter schwerer Körperverletzung.

Vereinsnachrichten.

Bund der Auslandsdeutschen (Ortsgruppe Mannheim). Am Mittwochabend fand eine Versammlung der Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen unter dem Vorsitz von Herrn Pfarrer Weitstein statt. Der schöne Saal des Wiener Restaurants war übervoll und die Ortsgruppe erfuhr erfreulichen Zuwachs. Die Vorträge und Berichte des Abends wurden in dankenswerter Weise eingerahmt durch künstlerisch vollendete musikalische Darbietungen vonseiten des Herrn Lehrer Althardt und einiger Freunde. Nach Verlesung des Protokolls der Gründungsversammlung und der bisher stattgehabten Sitzungen des Arbeitsausschusses hielt Herr Auslandskaufmann Rentzel, zurückgekehrt aus englischer Gefangenschaft, einen fesselnden Vortrag über die Entstehung der Republik Panama und des Panamakanals, in welchem er die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem „Selbstbestimmungsrecht" der kleinen Völker durch ein hochinteressantes Beispiel beleuchtete. Dann berichteten die Obmänner verschiedener Ländergruppen Neues und Wissenswertes aus dem für besonders nahe berührenden Gebiet, z. B. über die Bolschewistenherrschaft in Riga und über die Aussichten der Deutschen in China. Es folgten Geschäftsberichte über die Tätigkeit des Bundes der Auslandsdeutschen, die sich besonders mit der Frage der Entschädigung beschäftigten. Es wurde eine Entschließung angenommen, welche dem wachsenden gerechten Unmut der Auslandsdeutschen über die zögernde Haltung der Regierung inbezug auf die ihnen gegenüber im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen Ausdruck gibt.

Der Unterhaltungs- und Sparverein „Almrausch" e. V. feierte am vergangenen Sonntag in den Edlen des Ballhauses sein 10. Stiftungsfest. Der Verein hatte keine Mühe gescheut, um seinen Ehrentag in würdiger Weise begehen zu können und konnte auch einen vollen Erfolg verzeichnen. Ein fast überreicher Gabentempel erfreute schon beim Eintritt in den Konzertsaal das Auge. Die Mannheimer Bandoneonkapelle unter Leitung des Herrn Robert Kohr eröffnete mit einem schneidig gespielten Marsch und führte auch den weiteren musikalischen Teil des Programms in anerkennungswürdiger Weise durch. Besonders gefiel „Almrauschmarsch", eine dem Verein gewidmete Komposition des Kapellmeisters. Nach dem von Frl. Kunkel gut vorgetragenen Prolog begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Emil Hoslacher, in schwungvoller Rede die Gäste. In bunter Reihenfolge lösten sich Zither- und humoristische Vorträge ab, letztere von Herrn Graab am Flügel begleitet. Einen schönen Erfolg hatte das humoristische Terzett „Ein Eheversprechen vor Gericht". Wohlverdienten Beifall erhielt das „Konkordia-Männerquartett" und der von den Damen Daiber, M. und H. Horlacher und den Herren Marx, Horlacher und Kammerer aufgeführte Schwank „Im 3. Stock". Er wurde unter der Spielleitung des Herrn R. Kohr mit wahrer Bravour gespielt und zeigte schon mehr als dilettantische Begabung.

Vergnügungen.

Die Union-Theater-Lichtspiele bringen gegenwärtig den Film „Die Lumpenprinzessin". Die Hauptrollen liegen in den Händen der hervorragenden Filmschauspieler Gunnar Tolnaes und Mara Wieth. Der Film, den das durch die Verbindung mit der leistungsfähigsten deutschen Firma UfA. stehende Kino bringt, wirkt durch seine dezente Darstellung und durch die Kunst der Hauptdarsteller außerordentlich auf die Besucher.

Bürgerausschuß Weinheim.

Weinheim, 9. August.

Unter Vorsitz des Bürgermeister-Stellvertreters Fichtner hielt der Bürgerausschuß Donnerstag abend eine von 71 Mitgliedern besuchte Sitzung ab, in der die Tagesordnung binnen vier Stunden erledigt wurde. Zur Deckung des der Stadtkasse entstehenden Aufwandes aus Anlaß der Beteiligung der Stadt an der Verbilligung der Lebensmittel, der tarifmäßigen Regelung der Arbeiterlöhne und Gewährung einer Ausgleichszulage an die Beamten war es nötig, die Umlagen beträchtlich zu erhöhen, und zwar entschloß sich der Bürgerausschuß, den Umlagefuß für das Liegenschafts- und Betriebsvermögen von 50 auf 60 Pfennig für 100 Mark Steuerkapital zu erhöhen, während die Einkommensteuersätze von 100 auf 150 Pfg. von 1 Mark Einkommensteuersatz erhöht wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde auf Anregung von Gemeinderat Freudenberg beschlossen, nachstehende Entschließung an die Regierung in Karlsruhe zu übermitteln:

„Bei der unbedingt notwendig gewordenen Umlagenerhöhung haben es alle Fraktionen des Bürgerausschusses als unbillig empfunden, daß gemäß § 108 der neuen Gemeindeordnung vom Steuerwert des Kapitalvermögens höchstens 25 Pfg. von 100 Mk. erhoben werden können. Wir erlauben uns deshalb an das Ministerium den Antrag zu stellen, bei der Revision der Gemeindeordnung den Satz von 25 Pfg. zu erhöhen. Außerdem bitten wir bei der Revision zu berücksichtigen, daß in Zukunft der Schuldabzug auf Liegenschaftsvermögen auch für die Gemeindebesteuerung zulässig ist."

An Mehrverbrauch für Löhne gemäß Arbeiterausschußvertrag wurden 45 000 Mk. und als Ausgleichszulage für die städtischen Bediensteten die Summe von 115 000 Mk. bewilligt. Gemäß Zusatzantrag des Gemeinderates wurde einstimmig beschlossen, daß die Ausgleichszulage den städtischen Beamten mit Ausnahme des Bürgermeisters gewährt wird. Bei dieser Gelegenheit erstattete Gemeinderat Richard Freudenberg zum

Rücktritt des Bürgermeisters

einen ausführlichen Bericht über den Stand der Verhandlungen. Herr Dr. Wettstein habe an den Gemeinderat das schriftliche Ersuchen gerichtet, er möge ihm die Pension bewilligen, weil durch die Neuwahlen die Parteikonstellation auf dem Rathause so schwierig geworden sei, daß es ihm nur möglich sei die Geschäfte unparteiisch zu führen, wenn er seine Zukunft gesichert wüßte. Er habe darauf hingewiesen, daß er es als einziger kriegsbeschädigter Bürgermeister in Baden einen Anspruch auf Gewährung seines Antrages habe. Nach eingehender Beratung und in ernster Fühlungnahme mit den Fraktionen des Bürgerausschusses habe der Gemeinderat den Antrag des Bürgermeisters abgelehnt. Dieser habe nach erfolgter Ablehnung mitgeteilt, daß er bereit sei, sein Amt vorbehaltlich Regelung der Pensionsansprüche zur Verfügung zu stellen, da er in der Ablehnung ein Mißtrauensvotum erblicke. Der Gemeinderat habe darauf beschlossen, den Rücktritt des Bürgermeisters Dr. Wettstein anzunehmen, da an ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihm nicht mehr zu denken sei. Der Gemeinderat und mit ihm die ganze Gemeinde habe immer den Eindruck empfangen, daß der Bürgermeister allzuviel seine persönlichen Interessen in den Vordergrund gerückt habe. Es wurde eine aus vier Gemeinderäten bestehende Kommission bestimmt, um mit Dr. Wettstein wegen der Bedingungen seines Rücktrittes zu verhandeln. Der Gemeinderat hegte den Wunsch, eine gütliche Verständigung herbeizuführen und eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Der Gemeinderat sei auch heute bereit, soweit er es vor dem Bürgerausschuß und vor der Gemeinde verantworten könne. Aber leider hätten sich die Verhandlungen zugespitzt, indem die geldlichen Bedingungen weit über das Ziel hinausgingen. Der Gemeinderat wolle jetzt noch einmal versuchen, ob eine gütliche Verständigung nicht dennoch möglich ist. Zu diesem Zweck hatten die Anwälte der Gemeinde mit dem des Bürgermeisters in Mannheim eine Aussprache. Dem gegnerischen Anwalt wurde dabei mitgeteilt, wie weit das Entgegenkommen des Gemeinderates gehe, nämlich an die äußerste Grenze dessen, daß man hoffen könne, die Zustimmung des Bürgerausschusses zu erhalten. Mit einer weiteren Amtsführung des Herrn Dr. Wettstein sei nicht zu rechnen. Es müsse damit gerechnet werden, den Rechtsweg zu beschreiten. Man sei es der Gemeinde schuldig, Klarheit zu schaffen, ob der Bürgermeister wirklich dienstunfähig ist, ehe man eine solche große Last auf sich nehme. Die Ausführungen des Gemeinderates Freudenberg fanden allseitige Zustimmung.

Kommunales.

c. **Heddesheim**, 9. Aug. Beim heutigen dritten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl zersplitterten sich auch diesmal wieder die Stimmen, so daß das Resultat ausblieb. Das Stimmenverhältnis war heute: Demokrat 17, Zentrum 21, Mehrheitssozialdemokratische Partei 9, U. S. P. 12 Stimmen. Nun hat die Regierung das Recht, den Bürgermeister auf zwei Jahre einzusetzen. Die Einigkeit der bürgerl. Parteien bei der Urwahl hätte besseren Ausgang verdient.

X **Karlsruhe**, 11. Aug. In dem zwischen dem Ministerium des Innern und der Stadtverwaltung ausgebrochenen Milchpreisstreit ist eine Einigung nicht erzielt worden. Da das Ministerium des Innern darauf besteht, daß die Stadt Karlsruhe den Milchhöchstpreis von 72 ₰ für das Liter einhält, so muß die Stadt den Milchpreis um 4 ₰ herabsetzen. Infolgedessen entstehen der Stadtgemeinde erhebliche Verluste, die auf 300 000 ℳ beziffert werden. Zur Deckung dieses Aufwandes hat der Stadtrat eine weitere Umlageerhöhung um 2 ₰ auf 62 ₰ beim Bürgerausschuß beantragt.

Aus dem Lande.

Schwetzingen, 11. Aug. Um den Felddiebstählen entgegenzuwirken, hat sich in den Gemeinden Hockenheim und Ostersheim aus den Kreisen der Bürgerschaft je eine Hilfs-Feldhut organisiert. Diese Organisation verdient auch in anderen Gemeinden Nachahmung. In Schwetzingen schützen einige Besitzer von Obst- und Gemüsekulturen diese dadurch vor Diebstahl, daß Familien-Angehörige abwechslungsweise auf den Grundstücken Nachtwache halten.

X **Heidelberg**, 11. Aug. Wegen Kindestötung wurde hier ein 29jähriges Dienstmädchen verhaftet. Es legte ein Geständnis ab, das neugeborene Kind getötet und die Leiche in den Neckar geworfen zu haben.

* **Karlsruhe**, 10. Aug. Ein Sonderzug mit Austauschgefangenen aus der Schweiz traf von Konstanz kommend, mit über dreistündiger Verspätung Freitag nacht gegen 12 Uhr hier ein. Ein zahlreiches Publikum, meistens Angehörige oder Verwandte von den Zurückgekehrten, erwartete die Ankunft auf dem Bahnsteig. Nach fast endlosem Warten lief der Zug unter jubelnden Zurufen, Tücherschwenken usw. in die Bahnhofhalle ein. Die Begrüßung erfolgte durch Damen und Herren des Roten Kreuzes. Eine Anzahl Krieger verließ hier den Zug, einige fuhren nach Durlach, die meisten aber über Heidelberg-Frankfurt nach der Heimat.

s. **Freiburg**, 9. Aug. Die Erwerbslosen hiesiger Stadt veranstalteten am Freitag einen Demonstrationszug zum Rathaus. Eine Abordnung verhandelte mit Herrn Bürgermeister Riedel über die Erhöhung der zur Zeit geltenden Unterstützungssätze. Nachdem der Abordnung die Versicherung gegeben wurde, daß vonseiten der Stadtverwaltung nichts unversucht gelassen werde, um eine alsbaldige Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne zu erreichen und damit zugleich eine Erhöhung der Unterstützungssätze, entfernten sich die Demonstranten wieder in aller Ruhe.

)(**Gottmadingen**, 10. Aug. Ein gutgekleideter Herr versuchte im Pelzmantel die deutsch-schweizerische Grenze bei Gottmadingen zu überschreiten. Bei der Nachschau an der Grenze fiel dem kontrollierenden Landsturmmann auf, daß sich hinten am Schlitz des Pelzmantels eine kleine Oeffnung zwischen Pelz und Tuch befand. Mißtrauisch geworden, vergrößerte der Landsturmmann mit dem Messer etwas die Oeffnung und fand dann auch tatsächlich auf beiden Seiten des Schlitzes 10 Eintausendmarkscheine versteckt. Bei der weiteren Untersuchung fanden sich in der Kravatte des Herrn, als Futter dienend, versteckt weitere vier Eintausendmarkscheine. Als der Herr dann auch Schuhe und Strümpfe ausziehen mußte kamen noch weitere 9 solcher Scheine zum Vorschein. Dem findigen Landsturmmann wurde eine Belohnung von 10 Prozent des Betrages der gerichtlich erkannten Strafe ausbezahlt.

Sportliche Rundschau.

Die Sport-Abteilung des Turnvereins Mannheim von 1846 beteiligte sich gestern bei den nationalen Wettkämpfen der Heilbronner Fußball-Vereinigung. Trotz schärfster Konkurrenz seitens der besten Württemberger Leichtathletiker konnte Karl Heuser drei zweite Preise in den Senior-Konkurrenzen erringen, und zwar im 100 und 200 Meter-Lauf und im Dreikampf (Schleuderballwurf, Weitsprung und 100 Meter-Lauf). Paul Metz wurde im Dreikampf 4. Sieger und beim Weitsprung 2. Sieger mit 6.08 Meter. Georg Christophel wurde im 100 Meter-Lauf für Junioren 4. Sieger. Der 400 Meter-Staffellauf mußte leider aufgegeben werden, da der dritte Läufer während des Rennens durch Sturz ausschied. Bis dahin hatte die Mannschaft einen Vorsprung von etwa 20 Meter.

MARCHIVUM

SOMMERFEST 16. bis 18. August

auf dem Exerzierplatz zwischen Kasernen und Proviant-Amt (Haltestelle Kaserne und Wohlgelegen) Nähe Durchgangslager

ZU GUNSTEN DER heimkehrenden Mannheimer Kriegsgefangenen

Grosses Sommer-Fest

4 Musikkapellen
Volksbelustigungen
Kinderspiele

Verkaufs- und Schaubuden
Glückshafen

Juxplatz:
Schiess- und Sporthallen, Schiffsschaukel, Zirkus, Karussels.

Riesen-Bierzelt, Wiener Kaffee
FESTHALLE
mit Pfälz. Weinbauernschänke
und Kabarett
Künstlerische Unterhaltung.

HAUPTTAG:
Sonntag, den 17. August.
Grosse Illumination und Feuerwerk — Sportl. Vorführungen
TANZ

Sonntag, den 17. August:
Erwachsene 1.—, Kinder 50 Pfg.

Samstag, den 16. und Montag, den 18. August: Eintritt frei!

3320

Verband der deutsch. Versicherungsbeamten.

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, den 13. August, abends 7 Uhr
im „Rodensteiner", Q 2, 16

Tagesordnung: 1. Betriebsräte.
2. Streik bei den Provisions-Generalagenturen.
3. Kriegsnotschatz.

Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Wegen Punkt 3 werden die Mitglieder der früheren hiesigen Ortsgruppe hiermit besonders eingeladen. 5354

Der Vorstand.

Kleine Theatergesellschaft sucht noch einige Mitglieder

(Damen und Herren). Zu melden täglich ab 4 Uhr (persönlich) bei B8574

A. Weisschu, Augartenstrasse 51, II.

Das Büchlein:

Der Postscheckverkehr
erläutert an
Praktischen Musterbeispielen

Gibt über alle Fragen erschöpfende Auskunft, behandelt Reisescheck, Sammelscheck und Abbuchungsverfahren und ist daher ein . . . .
unentbehrliches Hilfsmittel für den Postscheckverkehr.

Preis bei Voreinsendung des Betrages 2 Mk., sonst Nachnahme 2,15 Mk. Zu beziehen vom Verfasser R. Maier, Oberpostkassenbuchhalter, Konstanz. Bei Bestellung mit Zahlkarte oder Ueberweisung Konto 12693 R. Maier, Konstanz Scheckamt Karlsruhe. B289

Zu verkaufen
größere Posten
junge Bohnen
sowie Tafelbirnen

Preisofferten an **Gut Waldhof-Galsbach,** Post Oberkirch. 5288

Hausierer u. Händler

können einige zugkräftige **Artikel und Neuheiten** aufnehmen. 5302

Anfragen unter Angabe der Branche unter **K. K. 100 an die Geschäftsstelle d. Bl.**

Alte Gebisse

nicht wegwerfen! Dieselben werden zu noch nie dagewesenen Preisen gekauft.

Zahle für einf. Platinzahn 0.60 bis 4.— M.
„ „ Platinplattenzahn . . . 6.— „
Kaufe auch Platin, Brennstifte, Platinriegel etc. zum höchsten Tagespreise.
Hotel „Kaiserhof" P 4 No. 4—5
I. Stock, Zimmer No. 2. B8632

Einkauf nur noch 1 Tag!

Dienstag dieser Woche von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Fuhrwerke für Landwirte u. Industrie.

Grössere Anzahl **Feldwagen** vorläufig abzugeben.

Verkauf am:

14. bis inkl. 16. Aug.	19	in	Seligenstadt,	Gasthaus Friedmann 1
14. „ „ 16. „	19	„	Bensheim,	Bahnhofshotel
18. „ „ 20. „	19	„	Zwingenberg,	Hotel zum Löwen
18. „ „ 20. „	19	„	Jugenheim,	Gasth. Karalpe Kreuzhof
21. „ „ 23. „	19	„	Seeheim,	Gasthaus zum Löwen
21. „ „ 23. „	19	„	Bickenbach,	Bürgermeisterei
28. „ „ 30. „	19	„	Reinheim,	Gasthaus Junghans
28. „ „ 30. „	19	„	Dieburg,	Bahnhofshotel.

Kaufliebhaber wollen an obigen Tagen erscheinen, da später Abtransport erfolgt. 5318

Scheppler & Nagel, Frankfurt a. M.
Tel. Hansa 5590 und 5591.

Zigarren, Zigaretten

reiner Tabak, laufend größere Posten zu kaufen gesucht. Lagerbesuch vorgesehen. Angebote bis Donnerstag unt. W. H. Schneider aus Coburg an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. B8640

Offene Stellen

Generalvertrieb

Der Generalvertrieb fürs Ausland eines enorm gewinnbringenden Massenartikels (D. R. G. M.) ist an rührige Firma zu vergeben. B8584

Auskunft nur bis morgen mittag.

Fischer, Langstr. 31.

Größere General-Agentur der Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Branche sucht für sofort oder später einen 5336

tüchtigen Beamten.

Solche, welche schon in der Branche tätig waren, erhalten den Vorzug, andererseits muß derselbe flotter Korrespondent und mit der Buchhaltung vertraut sein. Zuschriften unter E. J. 134 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Damen-Putz

Für diese Abteilung suchen wir zum baldigen Eintritt eine hervorragend tüchtige

1. Direktrice

die an selbständiges Arbeiten gewohnt ist u. über einen sehr guten Geschmack verfügt. Ferner eine

1. Verkäuferin

mit langjährigen, praktischen Erfahrungen. Wir reflektieren nur auf 1. Kräfte und erbitten Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Bild u. Gehaltsanspr. B26

Brüder Landauer, Heilbronn a. N.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt, tüchtige, perfekte und zuverlässige 5324

Stenotypistin

nicht unter 22 Jahren, welche auch in Büroarbeiten erfahren ist. Sprachkenntnisse nicht erforderlich. Schriftliche Angebote nur wirklich erster Kräfte unter Angabe von Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen erbeten unter C. G. 172 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für den ganzen Vormittag 8816

Mädchen oder Frau

mit guten Empfehlungen bei guter Bezahlung für Hausarbeit gesucht. Vorzustellen zwischen 4 und 6 Uhr.
Viktoriastrasse 12.

Lehrmädchen
aus guter Familie gesucht.
Herm. Schmoller & Co. 5332

Teilhaber.

Für hochrentabeln Reklame- und Zeitschriften-Verlag wird sofort Teilhaber mit 40—50 Mille Bareinlage zwecks Ankauf einer Druckerei gesucht. Angeb. u. S. Z. 93 an die Geschäftsst. Bous

Vertreter

zum Verkauf von billigen, jedoch soliden Einrichtungen od. Einzelmöbel allerorts gesucht, von leistungsfähigem Haus. 676
Angebote unter M. N. 1414 an Rudolf Mosse, München.

Tüchtige Alleinvertreter

für die Amtsbezirke Mannheim, Schwetzingen, Weinheim a. Heidelberg für pat. Bedarfsartikel bei hohem Verdienst auf sofort gesucht. Kleines Kapital für Warenlager erforderlich. Angebote unter S. D. 72 an die Geschäftsstelle ds. Bl. B8546

Verwaltungsbüro.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen zuverlässigen und tüchtigen 5325

Gehilfen.

Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften nebst Gehaltsansprüchen erbeten unt. E. D. 129 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mädchen
für Haus- u. etwas Gartenarbeiten gesucht. 5686
Tattersallstr. 2 Atelier.

Tüchtige Schneiderin
mögl. bald ins Haus gesucht. Heinr. Lanzstraße 28 III r. B8565

Suche für den 1. Septbr. **gelernte Zigarettenhandarbeiterin.**
Angebote unter Q. P. 20 an die Geschäftsstelle. B8444

Alleinstehender Herr sucht eine **saubere Waschfrau** gegen gute Bezahlung, womöglich auf dem Lindenhof. Angebote unter T. B. 95 an die Geschäftsstelle. B8504

Tücht. Mädchen
sofort gesucht. B 8616
Waldparkstr. 7 p.

Stellen-Gesuche.

Repräsentabler, energischer
Kaufmann
26 J., sucht sofort. Stellung für Reise oder Büro. B8543
Angebote unter S. B. 70 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Weissnähterin
sucht Stellung, Hotel oder Sanatorium. B8563
Angebote unter S. S. 86 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Saubere Monatsfrau
sucht Stelle in Haus, wo sie Wohnung finden kann (1 Zimmer u. Küche), ruhige Familie m. 1 Kind. Angeb. u. S. R. 85 a. d. Geschäftsst. Bous

Verkäufe.

Wohnhaus in guter Oststadtlage in bester Ausstattung, mit Doppelwohnungen preiswert **zu verkaufen.** Eine 4 u. 5-Zimmerwohg. w. frei. Angeb. u. SX. 91 an d. Geschäftsst. B8561

Landhaus

zu verkaufen in schönster Lage des Neckartales oberhalb Schlierbach bei Heidelberg, 5 Zimmer, mit oder ohne Mobiliar, Bad, Gas, 1500 qm Garten (eventuell mehr). Nachfrage unter E. F. 131 an die Geschäftsstelle. 5683

Garten-Grundstück

als Villenbauplatz in der schönsten Lage am Berg in Neuenheim mit genehmigten Plänen umständehalb. zu verk. Anfragen unter S. N. 81 an die Geschäftsstelle. B8558

Photograph. Apparat
mit Zubehör, zu verkaufen. Liebigstr. 26, I. r. B8547

Neue Tischdecke
(r. Wolle) preiswert zu verk. Gabelsbergerstr. 9, 1 Tr. B8566

Neuer Salon
Alt-Mahagoni, 1 Silberschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 2 Sessel, 1 Diwan, 1 Trumeau-Spiegel umständehalb. zu verkaufen. B8564
Fr. Backus
Rohrbach bei Heidelberg
Kirchheimerstraße 8.

Schlafzimmer
lackiert m. Spiegelschrank, auch **Kücheneinrichtung** sehr billig zu verkaufen. B8545
Heuser, Keplerstraße 27.

Chemisch-Technisches Rezeptlexikon
17000 Rezepte von Chemiker Dr. J. Bersch M. 33.—, 10000 Chemisch-Techn. Vorschriften nebst Literaturnachweis von Chemiker Dr. O. Lenge M. 46,20, Büchers Auskunftsbuch für die Chemische Industrie Mk. 40,05, Hagers Handbuch der Pharmazeutischen Praxis (3 Bde.) M. 123,20, Dietrichs Neues Pharmazeutisches Manual M. 37,40, Buchheisters Handbuch der Drogistenpraxis M. 28,60. Die Fabrikation der Parfümeriewaren von H. Mann M. 33.— **Nur** gegen Nachnahme **L. Schwarz & Comp.,** Verlag **Berlin** N. 14, Annenstr. 24. 5659

1 Gehrock-Anzug
(komplett), **1 Kindersportwagen** (Gummi) zu verkaufen. B8582
Amalt, B 4, 13.

2 Klubsessel
(Gobelin), gut erhalten, preiswert abzugeben. B8577
Heinemann
Rupprechtstraße 14, I.

2 Haustüren
schwer massiv eichen zu verkaufen. 5673
Burger, S 1, 5.

Gut erh. Zimmerteppich
2 m breit, 3,35 m lang, 3 fl. Gasherd, sowie oval. Zimmertisch preisw. zu verkauf. B8568
Rheinhäuserstr. 4, 5. Stock.

Schnitz- und Laubsäge-Hölzer
in großer Auswahl, auch Vorlagen. **T 4a, 4.** 621

Herrenrad mit Freilauf o. Gummi 220 Mk. zu verkaufen. 5667
Tattersallstr. 2 Atelier.

Bettstelle, Rost u. Matratze
Waschtisch billig zu verkaufen. **E 7, 14,** 4. St. lks. B8573

Ein gut eingespielter
Streichbass
billig z. verkauf. Ang. u. T. A. 94 an die Geschäftsstelle. B8587

1 Grammophon
mit Metalltrichter und ca. 60 Platten für 850.— Mark zu verkaufen. Ang. u. T. C. 96 an die Geschäftsstelle. B8595

Photogr. Apparat 4½:6
3cm Linse mit Doppel-Anastigmat u. Metallkassetten, sowie Filmpackkassette und Selbstauslöser für 145 Mark verkäuflich. B8607
Luisenring 43a, 3 Treppen.

Ein Kinderkastenwagen
billig zu verkaufen. B8556
Q 3, 21, III.

72% Kernseife
wird an Wiederverkäufer Kisten und Stückweise laufend billig abgegeben. Näheres
K. Seitz, U 5, 3, I.
B8617

Gehrock-Anzug
fast neu, preiswert zu verkaufen. Anzusehen nachmitt. nach 5 Uhr. B8603
Meerfeldstraße 4 part. lks.

Sofa zu verkaufen. L 12, 8 part. B8609

Grammophon
fast neu, mit neuen Platten, preiswert zu verk. B8587
D 5, 15, 2. Stock.

2 Doppelleitern
neu, für Tüncher, Installateure geeignet preiswert zu verkaufen. B8579
A. Vieten & Cie.
N 3, 13b.

2 Bettstellen mit Rosten und Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Auszugtisch, 4 Stühle, 1 Hofe u. 1 Anzug gebr., billig zu verkaufen. B8537 **H 7, 7,** 2. Stock.

Moderne Küchen
weiß und Pitchpine lackiert 5330 sehr preiswert
Schmoller.

Ein Gasschrank
52×62 cm, preiswert zu verkaufen. B8602
C 3, 2, 2. Stock.

Kauf-Gesuche.

1 Herren- und Damenrad
mit oder ohne Gummi, zu kaufen gesucht. Ang. u. S. M. 80 a. d. Geschäftsst. B8555

Reichsadresshuch
komplett, neueste Ausgabe, sofort zu kaufen gesucht.
Angebote unter E. Q. 126 an die Geschäftsstelle. 5663

An- und Verkauf gebr. Musikinstrumente
gute Mandolinen, Konzert-Zithern, Akkord-Zithern, Gitarren, Lauten, div. Blasinstrumente, Violinen stets vorrätig; ebenso alle Bedarfsartikel, Noten x. auch (antiquarisch) **O 3, 6** III. 5669

Goldene Herrenuhr
gebraucht aber tadellos erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote unter T. M. 5 an die Geschäftsstelle. B8527

Koks
1 Waggon oder mehr für Zentralheizung in München zu kaufen gesucht. 676
Angebote unter M. O. 1456 an Rudolf Mosse, München.

Miet-Gesuche.

Geschäftsfräulein sucht auf 1 September B8550
möbliertes Zimmer
bei gemütlichen Leuten, am liebsten mit Pension.
Angeb. unt. S. H. 74 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jung. Ehepaar ohne Kinder sucht B8561
2-3 Zimmer-
auch **Notwohnung** mit Kochgelegenheit in besser. Hause sofort oder später zu mieten. Gefl. Mitteil. u. S. H. 76 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht p. sofort od. 1. Sept.
möbl. Zimmer u. Küche
Angeb. unt. S. P. 73 an die Geschäftsst. ds. Bl. B8548

Bessere möblierte Wohnung
von seriösen Eheleuten (Flüchtlinge) in gutem Hause sofort gesucht. Ia. Referenzen.
Angebote unter S. V. 99 an die Geschäftsstelle. B8579

Solider Herr sucht B8536
möbl. Zimmer
Ang. u. T. Q. 9 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ingenieur, solid. Herr, sucht auf 1. Sept. oder 1. Okt.
freundl. möbl. Zimmer
(Oststadt, Waldhof, Feudenheim od. Neckarstadt) in gut. Hause. Gefl. Angeb. unt. S. K. 78 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. B8553

Fräulein sucht für sofort **leeres od. möbliert. Zimmer** mit Kochgelegenheit bei guter Bezahlung. B8618
Angebote unter T. K. 3 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Fräulein sucht möbl. Zimmer in ruhig. Hause bei gut. Bezahl. Angeb. unt. T. E. 98 a. d. Geschäftsstelle. B8600

Möbl. Zimmer B8589
per sofort von soliden Kaufmann gesucht. Angebote unt. S. W. 90 an die Geschäftsst.

Heirat.

Achtung! Für Damen

Es ist Ihnen Gelegenheit geboten, sich mit Beamten, Fabrikanten, Gutsbesitzern, Geschäftsleuten jeder Art, an den schönen Bodensee oder Schwarzwald 5677

gut zu verheiraten

Nur ernstgemeinte Angebote mit näheren Angaben, wenn möglich mit Bild zu senden an **Josef Reiser, Postfach 200, Konstanz a. B.,** Vermittl. verbeten.

Witwer, 44 J. alt, ev., mit 2 Kindern wünscht mit einem älteren Mädchen oder Witwe bekannt zu werden zwecks
Heirat.
Zuschriften unter U. H. 26 an die Geschäftsstelle. B8578

Fabrikarbeiter, 36 J., kath., 2 Kinder, sucht Dame kennen zu lernen zwecks baldiger
Heirat.
Photographie erwünscht. Zuschriften unt. S. L. 79 an die Geschäftsstelle d. Bl. B8584

Heirat.
Arbeiter, in den 30er Jahren, mit gutem Einkommen und etwas Vermögen wünscht passende ev. christl. gesinnte Lebensgefährtin, solche die nicht aufs Aeußere sieht. Witwe mit 1 Kind nicht ausgeschlossen. Zuschriften unter S. T. 87 an die Geschäftsstelle. B8571

Ernstgemeint.
2 anständ. evg. Dienstmädchen, 22 u. 24 J., möchten mit anständigen fleißigen Arbeitern, Witwer mit 1 Kind nicht ausgeschlossen, in Verbindung treten, zwecks spät.
Heirat.
Zuschr. unt. S. Y. 92 an die Geschäftsstelle d. Bl. B8585

Vermischtes.

Auf gute **II. Hypotheken**
habe ich ev. sof. auszuleihen
1 mal M. 10000.—
1 „ „ 12000.—
2 „ „ 15000.—
2 „ „ 20000.—
2 „ „ 25000.—
Egon Schwartz T 6, 21 Tel. 172

Friedrichsplatz 3
8 Zimmerwohnung
auf 1. Oktober zu vermieten. Näh. 4. St., Eigentümer. Bous

Gute Belohnung!
Schwarzer langhaariger
Dackel
(Hündin) mit gelben Brustabzeichen und gelben Läufen. Sonntag mittag im Waldpark abhanden gekommen. Obige Belohnung demjenigen, welcher mir den Hund wiederbringt oder Angaben macht, wo derselbe sich befindet. 5681
Bar Ankauf wird gewährt.
Eduard Dinger
Richard Wagnerstraße 16
1 Treppe.

Grüner Papagei
Sonntag abend entflogen. Wiederbringer erhält Belohnung. B8593
Jung, Hch. Lanzstr. 15, 5. St.

Zum Anfertigen von
Damengarderoben
empfiehlt sich Frau O. verw. Müllers, Langstr. 10, II. Bous

Bessere Kriegswitwe mit 2 erwachsenen Töchtern sucht
Filiale
zu übernehmen eventl. **ein Geschäft** zu kaufen.
Angebote unter T. L. 4 an die Geschäftsstelle. B8625

Briefmarken-Neuheiten
Volksausgabe Württbg. portopfl. D. u. amtl. Verk. 2½—50 Pfg. u. 2½—1 M. 22 St. M. 7.40. Kriegsgem.-Liste postfrei. Fr. Fischer, Neu-Ulm a. D., Augsburgerstr. 18. B26

Laubsägeholz
eingetroffen. B8613
Papierhandlung Albert Magney, L 13, 4.

MARCHIVUM